

Thema: Änderung der Grundordnung

Antragssteller: Benjamin Wagener

Beschlussantrag

Der Studierendenrat der Universität Bremen beschließt die folgende Änderungsordnung:

Artikel 1

Änderung der Grundordnung der Verfassten StudentInnenschaft vom 28.05.2001

Die Grundordnung wird wie folgt geändert:

§ 2 Abs. 5 Satz 2 („Sie ist Mitglied des freien Zusammenschlusses von StudentInnenschaften e.V. (fzs).“) wird ersatzlos gestrichen.

Artikel 2

Diese Änderungsordnung tritt mit der Genehmigung durch den Rektor in Kraft.

Begründung

Begründungen für die Streichung dieses Teils der Grundordnung gibt es zahlreiche. Es steht jedem frei andere zu finden oder gar gegen die Streichung zu sein. Für mich persönlich sind folgende Gründe von besonderer Relevanz für die Streichung.

Unangemessene Mitgliedsbeiträge

Studierendenschaften von Hochschulen/Universitäten mit mehr als 10.000 Studierenden sind bei einer Mitgliedschaft im fzs verpflichtet 0,8 € pro Studierenden als Mitgliedsbeitrag zu zahlen. Was genau mit diesem Geld passiert ist nicht klar erkennbar bzw. bestimmbar. Zum Teil wird damit wohl die Geschäftsstelle, die „Entschädigungszahlungen“ an die Mitglieder des Vorstandes und die Löhne der in der Geschäftsstelle beschäftigten Personen, sowie Informations- und Arbeitsmaterialien finanziert. Dem steht entgegen, dass es zahlreiche

Fachschaften/Stugen unterschiedlicher Fachrichtungen schaffen sich ebenso auf Bundesebene und darüber hinaus zu organisieren ohne Mitgliedsbeiträge zu erheben und das obwohl Fachschaften/Stugen in der Regel wesentlich weniger materielle als auch personelle Mittel zur Verfügung haben als ASten. Zudem ist die Relevanz des fzs aber auch hoch fragwürdig. Zwar wurden und werden die Bildungsproteste in Bundes- bis Europa-weiten Kooperationen vollzogen, doch findet die eigentliche Hochschulpolitik eher auf Länderebene statt. Dies lässt die Notwendigkeit eines bezahlten Geschäftsführenden Vorstandes mit Geschäftsstelle und entsprechende Ausgaben eines Bundesdachverbands noch fragwürdiger erscheinen, insbesondere, da die Protestbündnisse der letzten Jahre auch nicht auf den fzs angewiesen waren. Sollten Ausgaben bei Bündnisarbeit entstehen, steht es den beteiligten Studierendenschaften ja immer noch frei zweckgemäß Zahlungen zu leisten.

Fragwürdige Aktivitäten und Strukturen

In der Vergangenheit ist der fzs wiederholt durch fragwürdige Aktivitäten aufgefallen. So wurde etwa Kritik laut, dass Parteipolitik über den fzs betrieben würde, dieser sich zu sehr mit sich selbst beschäftige oder aber auch, dass sich der fzs daran beteiligt hat die Einführung des Bachelor-/Master-System im Rahmen des Bologna-Prozess voran zu treiben. Wegen dieser verschiedenen Punkte gab es auch bereits massiv Austritte aus dem fzs. Dies gekoppelt damit, dass die demokratischen Strukturen innerhalb des fzs von außen nicht klar transparent und hoch fragwürdig aufgebaut sind, würde meiner Meinung nach dafür sprechen, dass die Studierendenschaft der Uni Bremen sich eher Bündnissen anschließen sollte, die klarer im Einklang mit der Beschlusslage der Studierendenschaft der Uni Bremen stehen. Eine Mitgliedschaft in einem Verein nur des Prinzips wegen ohne konkreten Anlass ist überflüssig, heraus geschmissenes Geld und besonders deswegen zu vermeiden, wenn man dadurch eventuell ungewollt Studierendenschaften unterstützt, deren politische Ausrichtung unter Umständen der eigenen Beschlusslage zuwider läuft. Zudem sollte man sich in Bündnissen engagieren, wo das Bündnis oder die jeweiligen Mitgliedsgruppierungen jeweils für sich selbst sprechen und nicht ein übergeordneter Vorstand.

Alltägliche hochschulpolitische Vertretung fällt in die Aufgabe des AStA

Sollte ein AStA an der Universität Bremen bzw. eine diesen tragende Mehrheit im SR den zuvor genannten Kritikpunkten widersprechen und eine Mitgliedschaft im fzs befürworten, so sollten die dahinter stehenden Personen sich auch durch entsprechend ersichtliche Beschlüsse und eine entsprechende Haushaltsgestaltung dafür verantwortlich zeigen und sich nicht über Zwänge durch die Grundordnung heraus reden können. Die alltägliche hochschulpolitische Vertretung der Studierendenschaft ist die Aufgabe des AStA und daher sollte dieser die Freiheit, aber auch die Verantwortung haben zu entscheiden, durch welche Bündnisse und Vereinsmitgliedschaften die Interessen der Studierendenschaft am besten vertreten werden können.